

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vertriebsgebiet jährlich 12 Mark, halbjährlich 6 Mark, vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Für den Ausland bezug monatlich 2 Mark, halbjährlich 10 Mark, vierteljährlich 5 Mark, monatlich 1 Mark 50 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig, Postfach 10 000. Verleger: Dr. Carl Schönbach & Co., Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Leipzig u. Umgeb. die Zeile 10 Pf., für den Rest des Reichs 12 Pf., für den Ausland 15 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Langzeitanzeigen nach Vereinbarung. Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig, Postfach 10 000. Verleger: Dr. Carl Schönbach & Co., Leipzig.

Nr. 522

Montag, den 8. November

1920

Weitere Hinausschiebung der Genfer Konferenz

Ein Scheinerfolg der Franzosen

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 7. November.

Es bestätigt sich, daß die englische Regierung laut ihrer Ankündigung vom 5. November die Brüsseler Konferenz schon in 14 Tagen abhalten will, die Genfer Konferenz aber um einige Wochen verschoben möchte. Die französische Regierung hat in ihrer gestrigen Note diesem Standpunkt zugestimmt, aber mit der Einschränkung, daß die Genfer Konferenz keinesfalls später als in der ersten Hälfte des Februar 1921 stattfinden. Dieses Datum hat eine kleine Vorgeschiebe. Die englische Regierung hat am 5. November den Wunsch ausgesprochen, die Genfer Konferenz erst nach der Abhaltung des Plebiszits in Oberösterreich abzuhalten. Mit dieser Verschiebung ist die französische Regierung durchaus einverstanden, da die Abhaltung der Volksabstimmung im tiefen Winter für die deutschen Einmündigen naturgemäß der denkbar ungünstigste Zeitpunkt ist. Die französische Regierung hat nun aber nur einen Gedanken, nämlich, daß die Abhaltung des Plebiszits in Oberösterreich sich wiederum verzögern könnte. Die französische Regierung hat ein Interesse daran, daß die Genfer Konferenz jedenfalls nicht später als im Februar 1921 stattfindet, weil bekanntlich am 4. März die republikanische Regierung in Amerika ans Ruder kommt. Die französische Regierung fürchtet, und zwar wohl mit Recht, daß von Beginn der neuen Regierungsepoche die amerikanische Politik sich völlig in das amerikanische Schneckenhaus zurückziehen werde, und daß somit von diesem Zeitpunkt an die Isolierung Frankreichs eintreten werde. Immerhin hat die französische Regierung den einen Erfolg zu verzeichnen: entgegen den Abmachungen in Spa wird der Wiedergutmachungsanspruch die ziffermäßige Höhe der deutschen Entschädigungssumme höher ansetzen. Lord George hat also in diesem Punkte nachgegeben. Nun kommen jedoch mehrere Über, und infolge dieser wird nämlich die Durchführung des Wiedergutmachungsanspruches dadurch, daß der durch die verbündeten Ministerpräsidenten gebildete Oberste Rat es ist, welcher die Entscheidung der Wiedergutmachungskommission, welche zugleich Richter und Partei ist, mit Vorschlagsmaßnahmen ausstatten, und da der französische Ministerpräsident in diesem Obersten Rat schon allein von der englischen und italienischen Regierung überstimmt werden dürfte, so ist schon jetzt die Möglichkeit gegeben, daß die Diktatur des Wiedergutmachungsanspruches ohne Macht bleiben kann.

Eine weitere Schranke gegen die Willkür des Wiedergutmachungsanspruches scheint die englische Regierungspolitik in selbendem Umfang finden zu wollen: Die Wiedergutmachungskommission wird als solche durch einzelne Vertreter nur an der Brüsseler Konferenz teilnehmen, an der Genfer Konferenz nimmt sie wiederum als direkter Vertreter der einzelnen Regierungen in Gestalt der einzelnen Finanzminister, worunter sich auch der deutsche befindet, teil. Lord George scheint entschlossen zu sein, wie bei den Verhandlungen in Spa über die Kohlenlieferung, eine Beschlußfassung der Genfer Konferenz über die zahlenmäßige Festsetzung der deutschen Entschädigungssumme nur im Einverständnis und unter ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Vertreter zu wollen. Nach englischer Auffassung hätte also außerdem diese Festsetzung von Zwangsmaßnahmen gemässen nur einen akademischen Charakter, und es wird heute in englischen Kreisen ausdrücklich betont, daß man der jetzigen deutschen Regierung Vertrauen entgegenbringen. Lord George wird den sofortigen und gleichberechtigten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchsetzen. Dieser Vorstoß ist typisch für Lord George. Es ist ein regelrechter Interessenaustausch und entspricht vollkommen seinem hoch entwickelten Sinn für die Kompromisse und für die Schaffung von Auswegen. Ob dieser Vorstoß auch der wirtschaftlichen Dynamik Deutschlands entsprechen wird, ist eine andere Frage, deren Beantwortung davon abhängt, ob die französische Regierung Deutschland das erwünschte Entgegenkommen ermöglichen wird. Vorläufig kann man davon zweifeln. Denn die vor einigen Tagen übermittelte Erklärung, daß Frankreich für sich allein einen Anspruch auf 200 Milliarden Franken geltend machen wird, wird heute aus London bestätigt.

England weist die Klage der Helgoländer zurück

London, 7. November.

Wie die "Morningpost" berichtet, habe die englische Regierung den Helgoländern, die sich auf Grund des Vertrages vom Jahre 1890 an sie gemeldet hatten, gemeldet, daß die Regierung nicht in der Lage sei, ihren Wünschen zu entsprechen.

Englands Zufriedenheit mit der deutschen Vertragserfüllung

(Drahtbericht)

Paris, 7. November.

Wie der Londoner Berichterstatter des "Echo de Paris" meldet, hat Lord George in der Konferenz der englischen Delegierten für die Vollversammlung des Völkerbundes am Freitag die Vertreter der Dominions

über die verschiedenen Probleme der europäischen Politik unterrichtet, u. a. über das Problem der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. In englischen Kreisen sei man darüber beunruhigt, wie Deutschland in den letzten drei Monaten seine Verpflichtungen sowohl bei der Kohlenlieferung als auch bei der Entwaffnung erfüllt habe. Deshalb glaube man, daß Deutschland sich in der Wiedergutmachungsfrage ebenfalls verständigen wolle.

Widerstand Frankreichs gegen die Zerstörung der Dieselmotoren

(Drahtbericht)

Paris, 7. November.

"Journal" erklärt, nicht Frankreich sei es, das die Zerstörung der Dieselmotoren gefordert oder diese Forderung auch nur unterstützt habe, sondern England allein habe dieses Anliegen gestellt und energisch darauf bestanden. Die französische Regierung habe sich unbedingt geweigert, die englische Ansicht zu unterstützen und habe durchgehend, daß ihre Ansicht durchgekommen sei. Infolgedessen brauchten die deutschen Dieselmotoren nicht zerstört zu werden. Es könne gar nichts schaden, jetzt das Blatt, wenn man drüber über dem Abend wisse, daß die deutsche Industrie es Frankreich zu verdanken habe, daß diese Forderung zurückgejagt worden sei, deren Durchführung eine schwere Schädigung nicht nur der deutschen, sondern auch der französischen Industrie bedeuten dürfte. Auch "Intransigant" teilt mit, es sei beschlossen worden, die deutschen Dieselmotoren nicht zu zerstören.

Frankreich will die militärische Dienstzeit herabsetzen

(Drahtbericht)

Paris, 7. November.

Dem Ministerrat ist das Gutachten des Landesverteidigungsrates über den Entwurf André Rebetes zugegangen. Das Gesetz, das den Kammerern zwischen dem 15. und 20. November vorgelegt werden soll, vermindert die Dienstzeit von 3 auf 2 Jahre. Die Umwandlung der jährlichen in eine jährige Dienstzeit wird 2 Jahre in Anspruch nehmen. Der Übergang zur 18monatigen Dienstzeit wird in Zukunft möglich sein, sobald die äußere Lage wieder normal ist.

Freilassung der Internierten in Rumänien

(Drahtbericht)

Bukarest, 7. November.

Der Ministerrat hat die Auflösung der Internierungslager beschlossen. Entlassen werden alle, die in Rumänien geheiratet haben, und jene, die durch Ansehen der neuen Gebiete rumänische Staatsangehörige geworden sind. Die Russen und Ukrainer werden repatriiert, die Ungarn, Deutschen, Bulgaren und Türken ausgewiesen.

London, 7. November.

Das britische Schiffschiff "Centaur" ist gestern von Konstantinopel nach Odessa in See gegangen. In Bord befinden sich 140 beschwerliche Kriegsgefangene, welche gegen britische Gefangene ausgetauscht werden sollen. Der Austausch wird in Baku stattfinden.

Der Vergleich mit den Hohenzollern

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 7. November.

Der Rechtsausschuss der preussischen Landesversammlung heute getreten die Beratung des Vergleiches zwischen dem Staat Preußen und den Hohenzollern ist. Der Vertreter des Finanzministeriums teilte mit, daß die Verpflichtungen des Staates aus dem Vergleich schätzungsweise 12 Millionen Mark jährlich für die Erhaltung der Renten, 10 bis 15 Millionen Mark für ehemals königliche Theater, 13 Millionen für Pensionen und Wartegelder der Hofbeamten betragen würden. Insgesamt werde der Staat aus dem Vergleich eine Belastung von 40 bis 45 Millionen Mark jährlich zu tragen haben. Als dann der Regierungsvertreter streng vertraulich mitteilen wollte, wie hoch das Vermögen der Hohenzollern nach dem Vergleich sich stellen werde, erhob Abgeordneter Oppenhoff (Zentr.) dozierten Einspruch, da solche Mitteilung außerpolitische Gefahren mit sich bringen würde. Hierauf erwiderte Prof. v. Schöningh kein Quatsch. Er verneinte, daß die Hohenzollern einen privaten Rechtsanspruch auf die Kronschuldenkommission hätten. Sie müßten nur gemäß § 75 des allgemeinen Landesrechtes als Entschädigung so viel erhalten, wie für ein deponiertes Fichtenhaus nötig sei, um entsprechend seiner Stellung als deponiertes Haus zu leben. Dieser Anspruch sei unabhängig von dem sonstigen Vermögen des Fichtenhauses. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Kassationsfreiheit der Befugnisstellen. Die Befugnisgruppen und ihr Personal sowie die Mitglieder der Rheinischkommission und ihr Personal genießen Steuerfreiheit für jegliche Kleinhandels-Einkommen, d. h. Weinsteuern.

Ein vermählter Parlamentarier. Der Erfurter Justizrat Dr. Ludwig wird seit dem 20. September vermählt. Ludwig gehörte als demokratischer Abgeordneter der deutschen Nationalversammlung an und steht im 70. Lebensjahre.

Hoffnungsschimmer

Von Ehm Welk-Leipzig.

Revolutionen haben die Tendenz (die Geschichte zeigt es), sich zu überschlagen. Da die deutsche Revolution noch nicht zu Ende ist, steht uns also noch eine traurige Zeit bevor. Der Purzelbaum einer staatsumwälzenden Bewegung kann nämlich erst dann eintreten, wenn die radikalste Partei das Ruder ergriffen hat. Das war so bei der großen französischen Revolution; in unseren Tagen in Ungarn und Bayern; es wird so kommen in Rußland. Wäre diese Tendenz der Revolutionen nun eine Gewissheit, der man nicht entrinnen kann, die man durchmachen muß, weil es anders keine Möglichkeit gibt, zu ruhigeren Verhältnissen zu gelangen, dann sollte man lieber dem unerbittlichen Gang der Ereignisse keine allzu großen Schwierigkeiten machen, so fürchtbar dieses Erleben, der Bürgerkrieg, auch ist. Aber die Leute von ganz links und ganz rechts, die solchen Glauben haben, können auch mit geschichtlichen Belegen nicht beweisen, daß es keine andere Entwicklung gibt, wie die über Sordenscheinhaft und Bürgerkrieg. Eine revolutionäre Bewegung kann sich auch vollziehen, sie kann sogar, wenn sie ohne eine große Idee ist, festgestellt werden.

Unsere deutsche Revolution trat ohne eine solche Idee ins Leben, sie hat auch bis heute keine bekommen; ihre Führer waren und sind Parteibeamtene kleinen Formates; ihre Träger, das Volk, so zeitgebunden, daß sie eine Lohnbewegung aus ihr machten. Hätten wir nicht die große wirtschaftliche Not, bereinigt durch den Versailles Vertrag, das Feuer unter dem Kessel wäre längst erloschen. Das erkennen auch die Führer der Revolution, die Agitatoren und Parteibeamtene, und ihr Bestreben, die Wirtschaftslage immer mehr zu verschlechtern, ist deshalb, von ihrem Standpunkt aus, richtig. Glücklicherweise hat eine kluge Politik der Mitte (es teilten sich darin Demokraten, Zentrum, Rechtssozialisten und heute auch die Deutsche Volkspartei) es verstanden, den Zersplitterungen jenseit Rechnung zu tragen, daß ein Auseinanderfallen der Gegensätze ebenso vermieden wurde, wie eine Herrschaft der Extremen. Ja, in den zwei Jahren wurde dem Volke ein guter Anschauungsunterricht gegeben, den Versailles auf der einen und Moskau auf der anderen Seite noch unterstülzte. Und wenn auch die Porzellanmaschinen links und rechts weiter donnern, das Volk ist müde geworden. Bescherte uns ein günstiges Geschick eine Milderung der Hungersgefahr, die böse Blut unter der Ache wäre erloschen. Der revolutionäre Geist unserer Umsturzbewegung könnte den Schmal- und Kartoffelgeist nicht besiegen.

Weil uns diese Kampfmittel fehlen, ist es schließlich überflüssig, dem Wenn und Aber weiter nachzuhängen. Die Gefahrenquelle bleibt vorläufig bestehen; ersteiliche Anzeichen deuten freilich darauf hin, daß einer weiteren Ausdehnung vorgebeugt werden kann. Zwei Jahre lang haben die Heher in das Feuer geduldet; sie köchelten ihr Süppchen daran, aber das Volk konnte sich nicht einmal wärmen an diesen Flammen. Ein Stück der Staatsbelaufung nach dem anderen ging darauf, das Leben wurde frohler und kälter. Langsam dämmerte da in den Köpfen das Bewußtsein herauf, daß auf diesem Wege wohl kaum eine Besserung erzielt werden kann. Viele wissen das schon, die meisten sind allerdings nur müde geworden, zu glauben. Ob sie aber dem letzten großen Schreck, daß alles erst in Flammen ausgehen müsse, damit es warm werde, noch einmal Vertrauen schenken werden, ist doch zu bezweifeln.

Als die Parteien der alten Koalitionregierung das Parteieninteresse hintanstellten und große Opfer dem Gedanken des Ausgleichs brachten, schien das oft ein nutzloses Mühen zu sein. Hatte nicht die Reichstagswahl ergeben, daß das Volk von solcher Politik nichts wissen wollte, durch Stärkung der extremen Linken und Rechten vielmehr zeigte, daß es lieber eine gewalttätige Auseinandersetzung wüßte? Das Wahlergebnis zeigte das schon, aber das beschwachte Volk hatte so etwas natürlich weder als Effekt, noch als Zweck gewollt. Die Koalition wurde eine andere, die Taktik blieb die gleiche. So bedauerlich es auch ist, daß die alte Sozialdemokratie in die Opposition ging, der Eintritt der Volkspartei in die Regierung war von allergrößtem Werte. Er bewies der Hälfte der Rechten, daß es ohne Opferbringen nicht möglich ist, aus dem Elend herauszukommen. Die alte Sozialdemokratie weiß das, sie hat Opfer gebracht, und das läßt die Erwartung zu, daß sie jetzt nicht der Partei zuliebe das Volksganze gefährden wird. Von ihrer Haltung in der Sozialisierungsfrage hängt es nämlich ab, ob dieses große Blasen ins Feuer das Staatshaus vernichten soll. Werden ihre Führer so verrannt sein, aus Parteipolitik so zu handeln, und wird die Partei so gläubig sein, den Tanz um den Brandherd mitzumachen?

Zwei Erscheinungen im politischen Leben geben Anlaß, mit einiger Hoffnung den kommenden Dingen entgegenzusehen. Die eine ist die allgemeine Mäßigkeit der Volksmassen, die andere die wachsende Regsamkeit des Verständigungswillens. Die mehrheitssozialdemokratischen Führer schwören nicht mehr auf die

Wählt am 14. November Deutsch=Demokratisch! Liste Reinhold=Claus=Jähnig

Wahlreden in Leipzig

Demokratische Partei und Beamenschaft

In einer Wahlversammlung, die die Deutsche Demokratische Partei am Sonntag im Kristallpalast abhielt, sprach der bisherige Volkskammerabgeordnete Bernhard Claus über das obige Thema. Der Redner ging davon aus, daß die Beamten seit der Revolution ein gutes Stück vorwärtsgekommen seien, viel größere Rechte seien ihnen gegeben und in der Verfassung verankert worden.

Das Schwergewicht müsse aber die Beamenschaft nicht auf parlamentarische Tätigkeit, sondern auf die Arbeit in der Organisation legen. Der Streik sei dabei eine Waffe, mit der sie niemals spielen solle, doch sei er nicht vollkommen von der Hand zu weisen, wenn die Interessen der Beamenschaft gefährdet seien.

Weiterhin führte der Redner aus, daß es begründbar sei, daß man am Berufsbeamtentum festhalten habe, da sonst das Beamtentum ein Anlaufplatz für abgebrannte Parteifunktionäre geworden sei. Die Entlohnung der Beamten wüßten die Demokraten auf Grund von Leistungen und Fähigkeiten, niemals nach der Parteizugehörigkeit, deshalb hätten sie auch den Antrag Artz (M. S.) abgelehnt.

Ferner wünschte die Deutsche Demokratische Partei eine Demokratisierung der Verwaltung; die Sabotierung der Gesetze durch die Beamtenschaft müsse aufhören. Der demokratische Geist solle in der Verfassung verankert werden, es müßten sich alle Ämter freiwillig im Dienste der Allgemeinheit entfalten können.

Einem breiten Raum in den Ausführungen des Redners nahmen die Ausführungen über die wirtschaftliche Lage der Beamten ein. Sie gipfelten darin, daß es noch immer ein ungeheures Beamtentum gebe und daß die Befoldungsreform, die als ein erheblicher Fortschritt zu bezeichnen sei, nach der materiellen Seite hin wenig befriedigend sei.

Die Ausführung des Abgeordneten Claus wurden mit regem Beifall belohnt. Eine lebhafteste Ansprache zeigte vollkommene Uebereinstimmung der Versammlung mit dem Redner.

Der sächsische Ministerpräsident Buch

Am Sonntag vormittag vor einer von E. P. D. anberaumten, nicht gerade stark besuchten Wahlversammlung über die 'Sächsischen Landtagswahlen und Sozialdemokratie', erbot sich ein Gang seiner mehr als zweifelhafte Ausführungen, daß er nicht in seiner amtlichen Eigenschaft als Ministerpräsident spreche, sondern als Freund seiner Parteiangehörigen. Die Rede war eine sehr interessante, die die Tätigkeit des Ministerpräsidenten in der sächsischen Verwaltung, die die sächsische Beamenschaft in ihrem überwiegenen Teile — also von Ausnahmen abgesehen — auch unter dem neuen System ihre Pflicht gegenüber dem Ideale freu erfüllt habe, und daß das Verbot von der sogenannten Geheimratspolitik, durch die die Maßnahmen der Regierung sabotiert werden, nur eine Legende sei.

Im wesentlichen stellten die Ausführungen des Herrn Buch eine chronologische Darstellung der geschichtlichen Entwicklung seit 1913 vom Standpunkt der Sozialdemokratie dar, bei der er Gelegenheit nahm, die bisherige Haltung seiner Partei namentlich gegen die linksradikale Kritik zu verteidigen. Scharfe Worte richtete Herr Buch gegen diejenigen, die die Folgen des verlorenen Krieges der Sozialdemokratie und der Revolution zuschreiben wollten. Das sei politische Brandstiftung. Von den Ver-

führungen der Sozialdemokratie könne man niemand befreien, auch die nicht, die vor dem 8. Juni und auch jetzt noch Sozialdemokrat hießen. Bezüglich der Sozialisierungsfrage wies der Ministerpräsident darauf hin, daß eine Ueberleitung nur zu Unheil führen würde. Man müsse sozialisieren, aber erst zu einem Zeitpunkt, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Interessant war dabei die Bemerkung des Redners, daß gemäßigte Unabhängige, wie Kautsky und Lipinski, schon seit jeder über den richtigen Zeitpunkt der Sozialisierungsfrage des Weltwirtschaftslebens nicht anders dächten wie er und seine Parteigenossen. Auch in Bezug auf die Demokratisierung der Verwaltung warnte Herr Buch vor Ungeheuer. Man dürfe nicht etwa verlangen, daß sofort alle Stellen von Männern aus dem Proletariat besetzt würden. In jeder Tätigkeit gebore Erfahrung und Fachkunde, und es sei zu hoffen, daß in etwa 10-15 Jahren durch das Schulabergangsgesetz, das den Tüchtigen die Bahn ebne, eine genügende Anzahl für die Verwaltung geeigneter Männer herangebildet sei und damit das erstwünschte Ziel erreicht werde.

Der Redner wies ferner auf die Schwierigkeiten hin, die die Ablicherungsprämie nicht den Agrariern zuliebe eingeführt worden sei, sondern daß die Regierung dabei nur der Not gehorcht habe, da sie sonst aus dem nun zum Ausland gehörigen Grenzgebiet, wo fremdländische Aufkäufer höhere Preise boten, nichts bereinkommen hätte. Was den Kampf gegen Schmuggel und Schleihhandel betreffe, so könnte er nur dann zu vollem Erfolg führen, wenn man den Bauernhäusern einen Denkzettel ansteife und diesen von den Ernährungsvorschriften ausnehme. Selbst in der Lebensmittelbranche, wo man neuerdings Schmugglern und Schleibern die Todesstrafe androhte, sei es nicht besser geworden. Wenn die Unabhängigen und Kommunisten Besseres könnten, so hätten sie die Pflicht, sich an der Regierung zu beteiligen.

Ueber sächsische Finanzpolitik

Am Sonnabend Finanzdirektor Anders, M. d. V. vor einer sehr schwach besuchten Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei im großen Saal des Zentraltheaters. Der Redner zog zunächst einen Vergleich zwischen der günstigen Finanzlage Sachsens vor dem Kriege und der heutigen finanziellen Notlage, die er im wesentlichen als eine Folge des Krieges darstellte, ein bemerkenswerter Fortschritt, wenn man sich erinnert, daß vor noch nicht langer Zeit die rechtsparteilichen Politiker es liebten, die Finanzpolitik der Nachkriegszeit auf die angebliche Unfähigkeit und Vorkriegswirtschaft des neuen Systems zurückzuführen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser Meinungsänderung auf die Erfahrung zurückzuführen ist, daß der Eintritt der sozialistischen Politik in das Reichskabinett die etwas voreilig verbehene Besserung auch nicht hat bringen können. Wenn der Redner feststellte, daß die 1917er Steuerreform infolge des Krieges Schaden gebracht hat, als sie den vorhandenen Steuerapparat geschlag, bevor die neue Reichsfinanzverwaltung organisiert war, so wird man ihm Recht geben müssen. Dagegen stand die Kritik, die er an der Art und Weise der sächsischen Staatshaushalts für 1920 aufgestellt wurde, auf recht schwachen Füßen. Der Redner glaubte es ragen zu müssen, daß der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold den Staatshaushalt durch Verweigerung gewisser Ausgabenposten auf den außerordentlichen Etat zum Anwalieren gebracht hat, ohne daß er sich indessen die Mühe gegeben hätte, nachzuweisen, inwiefern dieses Verbot eigentlich unrichtig gewesen sei. Solche Kritik ist ohne sachlichen Wert, und man ist ihr gegenüber zu der Frage berechtigt, ob es denn Aufgabe des Finanzministers ist, einen unbalancierten Etat vorzulegen. Die Verteilung der Ausgaben auf den ordentlichen und außerordentlichen Etat hat seinerzeit Dr. Reinhold in der Kammer ja ausführlich begründet, und ob der von ihm eingeschlagene Weg der richtige ist, darüber wird letzten Endes der Erfolg entscheiden. Im übrigen erhob Herr Anders auch für das sächsische Finanzministerium den bekannten Ruf nach dem Geheimnis. Da Herr Anders als Finanzdirektor der finanzielle Sachverhalt der rechtsparteilichen Volkskammerfraktion ist, nahm sich diese Forderung aus seinem Munde etwas sonderbar an. Den Wunsch, daß der Finanzminister gegenüber Berlin und den anderen Reichsteilen eine feste Stellung einnehme, wird man nur billigen können. Wenn der Redner aber darüber hinaus forderte, daß dem sächsischen Finanzminister durch Anerkennung des Vetorechts eine ebenso feste Stellung im Kabinett eingeräumt werde, wie sie dem Reichsfinanzminister für seinen Aufgabenbereich zugebilligt worden ist, und wenn er in besonderen Dr. Reinhold den Vorwurf machte, daß er gegen die Festlegung des Vetorechts in der sächsischen Verfassung gemeldet sei, so wird man demgegenüber darauf verweisen müssen, daß die Finanzpolitik mit dem Geiste der Verfassung und der Koalitionsregierung sehr schwer vereinbar ist, und daß der Finanzminister durch die Möglichkeit, die Kabinetsfrage zu stellen, bereits ein bedingtes Vetorecht hat.

Der Redner trat dann u. a. noch für die Schaffung eines Landes-

wirtschaftslebens nach dem Vorbild des Reichswirtschaftsrates ein sowie für den Ausbau der Poststandardsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Am Staatsbankrott wurde in Sachsen nicht bestritten zu werden, sondern es ist doch schon im Verfall gegenüber Sachsen nachzusehen.

„Völkchewisismus bedeutet Gewalt und Krieg“

Die Zweite gegen die Dritte Internationale.

Ropenhagen, 7. November. Der Ausschuss der Zweiten Internationale hat eine Rundgebung gegen die Dritte Internationale veröffentlicht, in der es heißt: Sozialismus bedeutet Frieden, Völkchewisismus bedeutet Gewalt und Krieg. Wir erheben gegen die Leiter der Dritten Internationale die Beschuldigung, daß sie die Arbeiter demokratisieren. An Stelle der Demokratie setzen sie eine bemessene Diktatur, nicht die des Proletariats, sondern die eines Ausschusses ein. Sie belästigen 27 Millionen organisierte Arbeiter, indem sie sie Streikbrecher nennen. Mögen sie auch mit der Lohnsklaverei ein Ende gemacht haben, so setzen sie an ihre Stelle die Staatsklaverei. Die Rundgebung ist unterzeichnet von Henderson, MacDonald (England), Vandervelde und Haysmans (Belgien), Lovell (Niederlande), Otto Weis (Deutschland) und Arthur Engberg (Schweden).

Die Sozialisierung ein „gefährliches Experiment“

Minister Ebering führte auf dem Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie für das östliche Westfalen aus, daß es Aufgabe der Regierung sein müsse, dafür zu sorgen, daß die Autonomiebestrebungen nicht auf eine Festfesselung Deutschlands hinauslaufen. Dieses müsse vollständig ungetrieben in das Reich eingegliedert werden, da sonst eine gerechte Verteilung der Steuerbelastung nicht zu denken sei. Die Frage der Sozialisierung des preussischen Kabinetts beschäftigten, da der preussische Justizminister als Bürgerlicher der Koalition angehöre. Die Sozialisierung sei unter den heutigen Umständen ein sehr gefährliches Experiment. Man solle an die gewaltigen Verluste bei Post und Eisenbahnen denken. Heutzutage könne das Reich sich derartige Experimente nicht leisten, sondern müsse auf eine wirtschaftliche Form bedacht sein, die die größtmöglichen Vorteile habe.

Der Jahrestag der russischen Revolution

(Drahtbericht) Berlin, 7. November.

Zur Feier des Jahrestages der russischen Revolution veranstalteten heute vormittag der linke Flügel der U. S. P. D. und die kommunistische Jugend Deutschlands in Großberlin 20 öffentliche Versammlungen, die aber durchwegs nur mäßig besucht waren und einen ruhigen Verlauf nahmen. In allen Versammlungen wurde über das Thema: „Die russische Revolution und das deutsche Proletariat“ gesprochen.

Dresden, 7. November.

Wie aus Dresden gemeldet wird, hatte die freie sozialistische Jugend für Sonntag vormittag durch Handzettel zu Kundgebungen für die russische Revolution und zur Demonstrationen aufgerufen. Die geplante Veranstaltung fand im Künstlerhaus statt. Im Anschluß daran bildeten die Teilnehmer, entgegen dem Verbot der Polizei, einen Zug. Die Demonstranten kamen der mehrmaligen Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht nach. Als einige Teilnehmer dieserhalb festgenommen werden sollten, leistete die Menge Widerstand und mußte gewaltsam auseinandergetrieben werden.

Wien, 7. November.

Heute vormittag versammelten sich etwa 8000 bis 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Arena der Ausstellung. Abg. Köpflinger (Rechtslos) sprach über die Errungenschaften aus den Revolutionstagen. Nach der Feier zogen die Arbeiter ruhig in kleinen Gruppen in ihre Bezirke zurück. Es kam nirgends zu Zusammenstößen. Die Betriebsräte veranstalteten im Gewerkschaftshaus eine kleine Feier, bei der eine eiserne Tafel enthüllt wurde. Die von der U. S. P. D. und K. P. D. veranstalteten Versammlungen waren ziemlich schwach besucht.

Paris, 7. November.

Heute fand hier eine große Kundgebung zugunsten der russischen Revolution statt, die gemeinsam von der sozialistischen Partei, dem allgemeinen Arbeiterbund und der Liga für Menschenrechte veranstaltet wird.

Einreiseerlaubnis zur Berner Sozialistenkonferenz

(Drahtbericht) Bern, 7. November.

Der Bundesrat hat grundsätzlich die Einreisebewilligung erteilt für die Teilnehmer der auf den 5. Dezember nach Bern einberufenen internationalen Sozialistenkonferenz. Diese Konferenz wird befehligt von den Parteien, die aus der zweiten Internationale ausgetreten sind, sich aber nicht entschließen konnten, unter Annahme der 21 Bedingungen der Moskauer Internationale beizutreten.

Umfangreicher Schmuggel an der deutsch-holländischen Grenze

Dem Berliner Tageblatt sind Meldungen über ungeheuerliche Zustände an der deutsch-holländischen Grenze zugegangen. Der Schmuggel wird dort in einem Riesenumfang betrieben. Dabei ist nicht bloß die Verhinderung der Grenzgebiete beteiligt, die den Grenzbeamten durch böswillige Schikanen das Leben zu verbittern, wenn nicht unmöglich zu machen versucht, sondern nicht minder die Beamten der Post und der Reichseisenbahnen. So wird uns aus Eranenburg berichtet, daß dort an einem Sonntagmorgen, als auf dem Postamt überhaupt kein Dienst war, zwei Postbeamte in voller Uniform auf ihren Rädern große Pakete in das Postamt besorgten. Es konnte sich dabei nur um eigene oder fremde Schmuggelware handeln. In Kaldenkirchen sah ein Zollbeamter einen Postboten mit 19 Paketen ab, die 210 Kilogramm geschmuggelten Tabak enthielten. In Oech wurden gleichfalls mehrere Postbeamte beim Schmuggel abgefaßt. Ebenso wurde in Eieze eine Reihe von Post- und Eisenbahnbeamten aktiv oder durch Begünstigung am Schmuggel teilhaftig. Das Berliner Tageblatt empfiehlt zur Abwehr die Einrichtung einer Sperrzone und Vermehrung der Grenzbeamten.

Hauptchriftleitung Leipzig: Julius Wisse. Hauptchriftleitung Berlin: Dr. Erich Coerth. Verantwortlich für den politischen Teil: Georg Müller-Gahn; für die Sonderbeilagen: Walter Schindler; für den Anzeigen- und Verlags-Teil: Robert Weylich. Druck: Druckerei des Leipziger Tageblatts, Leipzig. — Druckereidirektor: Robert Weylich. — Druckereidirektor: Robert Weylich. — Druckereidirektor: Robert Weylich.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Eduard Bernburg - Leipzig. Tel. 12 889. Grimmaische Straße 24. Schreibmaschinen, alle Zubehör und Papiere. Büromöbel und Vert.-Registraturen. Zwölfgasse 7, Ritterstraße 5.

zogenen, solid herangebildeten Pianistin. Ihr Spiel ist in der Haupt- sache ein getreues Abbild der Komposition, die sie mit hallenden Sinnen durchdringt hat und dann gut rezipiert und möglichst treu im Sinne des Komponisten wiederbelebt. Und gibt ihren Vortrag ein ununterbrochen ernstes Gepräge, und unterscheidet die Pianistin von vielen ihrer Kolleginnen, die alles zerpulst, mikrographisch verkleinern und wie ein lästiges Pensum glatt abwischen. Die zahlreichen kleinen hünen Abweichungen von der reinen Gedächtnisleistung der griechischen Profite, die sie sich gestattet, fähmen zur Dramatischen F-Moll-Sonate (Op. 5), stimmten noch mehr zu der E-Dur-Fantasi, dem merkwürdigen Tonstück aus Schumanns Sturm- und Drangperiode. Viele wissen nicht, daß das Fr. Schlegelsche Motto, welches Schumann dieser (Lilj) gemidmeten) Fantasie beigelegt hat, ganz unabhnglich auf einen musikalischen Grund dieses Stückes hinweist. Daß Fr. Heine mann technisch den Stoff gewachsen sein werde, wußte jeder, der sie früher gehört. Ueberaus locker ist ihr Handgelenk, der Anschlag biegsam und doch voller Kraft. Dankbar war man der Pianistin für die Aufnahme von Walter Niemanns ungemein reizvollem Juklus All-China in das gebaltvolle Programm, das mit Nikols virtuosom Kapistto-Walzer seinen Abschluß fand. Prof. Ernst Müller.

Berliner Theater. (Eigener Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Im Orangen Schauspielhaus fand die Aufführung von Georg Kallers Spiel Europa eine sehr geteilte Aufnahme. Das seine Lustspiel des Dichters war von der Spielleitung Karl Heinz Martin zu einer lauffähigen Groeske umgestaltet worden, die jede feine Wirkung unterdrückte, und durch ihre Verbeiben oft das laute Rhfallen des Publikums erregte. Verhrend wirkte hingegen die ausgezeichnete, von allen Mitteln unterstützte Aufführung, um die sich neben Alexander Kossil als Jous Roma Wahn in der Titelrolle, ferner Heinrich George als König Agener und Hans Brodmann als Führer des Rmmerchens verdient machen. Die vornehme Musik von Hermann fand besonderen Beifall. — Unter stärkstem Beifall, der nur ganz geringen besetzten Widerspruch fand, gelangte heute im Berliner Staatstheater Shakespeares Richard III. in der impressionistischen, aber höchst wirkungsloosen Einführung von Leopold Jessner zur Neuauffhrung. Die Inszenierung hat in vieler Hinsicht manigfache Ueberzogenen. Ein neuer Schritt zur Entwicklung des kullissenlosen Theaters ist getan. In den Erfolg teilten sich neben Jessner, dem begehrtesten gelehrten Regisseur, der begabte Fritz Kortner als Richard, Rudolf Förster als Herzog Buckingham und Edward von Winterstein als Lord Hastings.

Von dem Reinhardt-Holländer-Bühnen. Der neue Leiter der Reinhardt-Bühnen, Felix Holländer, ist, wie die Berliner Rezension meldet, von einer Reise aus Wien zurückgekehrt. Er hat in Wien die neuen Bühnenwerke von Hofmannthal, Schindler und Stefan Zweig für die Aufführung in Berlin erworben. Ferner hat er eine Reihe schau-

spielerischer Kräfte aus Wien verpflichtet, zum Beispiel Fräulein Denera und Herr Braunmetzler vom Deutschen Volkstheater und den Komiker Karl Eitinger. — Das in Berlin verbreitete Gerücht, das Große Schauspielhaus solle zu einem künstlerischen Reue- und Dantoniementhor umgewandelt werden, für das Karl Rhler die erste Skizze schreiben werde, ist nicht richtig. Es besteht gar kein Grund, das Programm des Großen Schauspielhauses zu ändern, da der Anbruch des Jubiläums aus allen Schichten der Bestzung zu den ersten literarischen Arbeiten des Großen Schauspielhauses nicht nur unverändert steht, sondern sogar im Wachsen ist. Von einer Beteiligung Karl Rhlers kann nur insoweit gesprochen werden, als schon lange für die Reinhardt-Bühnen, und zwar vorwiegend für das ihnen neuerdings wieder angeblissene kleine Schauspielhaus die Veranstaltung von Karl Rhlers neuem Stück „Der patheische Fuz“ in Aussicht genommen ist. — Ergänzend ist zu berichten, daß der „Film-Courier“ meldet, daß Professor Max Reinhardt Mitte November mit einigen Mitgliedern des Deutschen Theaters eine Gastspielreise nach Schweden, Norwegen und Dänemark antreift, an der auch Albert Brbermann teilnehmen wird. Die Meldung des „Film-Courier“ bezieht sich nach anderen Informationen.

Wohltht Maistas auch für Leipzig. Der Bezirksverein Leipzig des Landesverbandes der sächsischen Presse hat sich in seiner Sitzung am Freitag dem Wohltht der Chemnitzer Kritiker für die künstlerische Veranstaltung, an denen der Chemnitzer sächsische Generalmusikdirektor Malata beteiligt ist, angeschlossen.

Leipziger Kunstverein. Die Ringer-Gedächtnis-Ausstellung wird voraussichtlich am 28. d. M. geschlossen werden, zu früh vielleicht, da noch immer neue Schtze aus Privatbesitz zur Ausstellung eingehen und nach Möglichkeit zugänglich gemacht werden. — Der zweite diesjährige kunstwissenschaftliche Vortrag findet aus technischen Gründen nicht am Sonntag, sondern am Dienstag, den 9. November, abends 8 Uhr, im Kleinen Saal des Gewandhauses statt. Der erst kürzlich nach Leipzig berufene Ordinarius für Kunstgeschichte Professor Dr. Wilhelm Pinder wird unter Vorlesung von Lichtbildern über das Thema „Skularisierter Kirchenbau“ sprechen. Karten zu diesem Vortrag, für Mitglieder zu 1,10 M., für Nichtmitglieder zu 3,50 M., sind an der Kasse des Kunstvereins, am Vortragabend am Gewandhaus zu entnehmen.

Der Voleter Sozialhygieniker Unge gestorben. Am Sonnabend früh ist, wie uns ein eigener Drahtbericht aus Basel meldet, dort der Phtisiologe und Sozialhygieniker Gustav v. Unge gestorben.

Von den sächsischen Bühnen. Die ersten beiden Vorstellungen der Reinhardt-Bühnen des Jahres „Jugend im Osten“ (Mittwoch, den 10., und Donnerstag, den 11. November, abends 7 Uhr im Alten Theater) finden für den Sommerverein statt. Neben die Eintrittskarten sind diese beiden Vorstellungen mit von den Mitgliedern des Sommervereins in Leipzig genommen worden. Haben sie dem Publikum von 7. November ab an der Kasse des Alten Theaters zu Tagespreisen zur Verfügung.

Die Herren dann zu dem entscheidenden Wettsch, eine eigene zentrale und alle Mitglieder der freien Gewerkschaften zusammenfassende...

Zunahme des Bandennunwesens auf dem Lande

Die Berl. Morgenpost hat einen Berichtsteller auf das flache Land entsandt, um den Melbungen nachzugehen, daß vielfach Dörfer und einzelne Bauernhöfe wehrlos dem Treiben von Räuberbanden ausgelegt...

• Schütz-Ehrenberg, 7. November. Kampf gegen Schand. Am Montag abend 8 Uhr findet im Schulsaal ein Elternabend statt...

• Plauen i. V., 7. November. Der Kreisrat der völkischen Stände wählte gestern an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers v. Hüfner auf Pirk als Vorsitzenden General von...

• Chemnitz, 7. November. Gasvergiftung. Im Hause Mittelstraße 17 hat sich ein bedauerlicher Unfall mit tödlichem Ausgang ereignet...

• Chemnitz, 7. November. Die rätlichen Straßbahnen, deren Betrieb seit Jahren erhebliche Verluste erlitten, haben im Rechnungsjahre 1919-1920 ohne Gewinn und Verlust abgeschlossen.

• Errichtung eines Säuglingsheims. Der Rat der Stadt Jindau hat beschlossen, an die Staatsregierung wegen Einrichtung eines Säuglingsheims mit Entbindungsheim und einem Mutterheim in Angliederung an das neue städtische Krankenhaus heranzutreten.

Falsche Dienstmädchen als Diebe

Großes Aufsehen erregte feinerzeit der Millionendiebstahl durch ein falsches Dienstmädchen bei Frau Geheimrat Boguska am Kurfürstendamm in Berlin. Durch die Aufhebung der Geheimhaltung und das...

Von der Spielbank an der Elbe

Auffordernde Mitteilungen über das Treiben der Gesellschaft der von der mecklenburgischen Staatsregierung konzessioniert gewesenen Spielhölle des Riebedades Warnemünde machte im mecklenburgischen Landtage der unabhängige Landtagsabgeordnete...

führungen des Abgeordneten v. Wapenburg Kenntnis. Und es grüben auch diejenigen der Spielhölle ein wäges Grab, die bisher noch mit Liebe den Gedanken näherten, in dem Spielhölle dem Staat eine...

Ein Postkoffer überfallen

Gestern nacht wurde der Postkoffer Nr. 1011 aus der Grawstraße 8 in Berlin, der mit dem Postkoffer Schröder und dem Betriebsassistenten Neumann auf dem Postamt 54 in der Leibnizstraße 44/45...

• Ein Bauerngehöft in Döllgau geplündert. Wie aus Döllgau (Regierungsbezirk Potsdam) gemeldet wird, überfiel gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr eine Bande von 6 bis 7 Personen das Gehöft des Bauerngutsbesitzers Karl Lajtha...

Kunsthändler

• Heute 7½ Uhr findet im Stadionsaal (Schützenstraße 1) die dritte öffentliche Auktion der Kunstgegenstände der Reichsregierung statt. Zutrittsfreie und beschränkte Auktion...

Handels-Nachrichten

Vom Häutemarkte

Nach dem Hausse-Erscheinungen der letzten Woche ist auf dem Häutemarkte nunmehr eine gewisse Entspannung eingetreten. Rindhäute geben ungefähr 10 Proz. nach, Kalbfelle lagen ebenfalls ruhiger...

• Australische Wollauktionen. W. P. Martin & Co. Ltd. berichten, wie aus der Firma Weitz & Co. in Hamburg mitteilt, aus Sydney: Zwischen dem 8. und 18. November werden in Sydney ca. 30.000 Ballen zum Angebot kommen...

• Gewerkschaft Hansa-Silberberg. Der Vorstand beruft auf den 20. November eine außerordentliche Gewerkschaftsversammlung zwecks Ermächtigung des Vorstandes zur Aufnahme einer hypothekarisch gesicherten Anleihe zur Errichtung einer Chloralkaliumfabrik.

• Zinkhütten- und Bergwerks-Akt.-Ges. vorm Dr. Lorisch & Co. in Kattowitz. Bei einem Rohgewinn von 322 (i. V. 101) Mill. Mark ergab sich nach 0,70 (0,38) Mill. Mark Abschreibungen ein Reingewinn von 1,39 Mill. Mark (i. V. 39.453) Mark Verlust...

• Ein holländischer Auftrag für die Gutehoffnungshütte. Die Kgl. Niederländische Gesellschaft zur Errichtung von Hochofen- und Stahlwerken hat der Gutehoffnungshütte die Lieferung der gesamten Eisenkonstruktionen usw. für die von der Gesellschaft zu errichtenden Stahl- und Walzwerke und Hochofen übertragen.

• Malmedie & Cie., Akt.-Ges., in Düsseldorf. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von 25 (i. V. 8) Proz. Außerdem schlägt er die Erhöhung des Aktienkapitals um 2,5 auf 3,9 Mill. Mark vor...

• Sandermann & Stier, Akt.-Ges., in Chemnitz. Die Verwaltung hat in ihrer Aufsichtsratsitzung einen für die weitere Entwicklung des Unternehmens bedeutsamen Entschluß gefaßt...

Um auf diesem Gebiete sofort mit einwandfreien Fabrikaten vertreten zu sein, hat die Sandermann & Stier Akt.-Ges. die Firma Gebr. Franko in Chemnitz erworben...

• Maschinfabrik Kappel, Akt.-Ges., in Chemnitz. In Ergänzung der Meldung unserer gestrigen Ausgabe über den Dividenden-Vorschlag und die Rückstellung für die Aktienrückzahlung teilen wir mit, daß die Geschäftskosten von 970.671 Mark auf 1.011.961 Mark stiegen...

• Dresdner Strickmaschinenfabrik Irmscher & Witte, Akt.-Ges., in Dresden-A. Die Dividende von 15 (i. V. 5) Proz., wobei 700.000 Mark junge Aktien zur Hälfte beteiligt sind, haben wir bereits mitgeteilt...

• Gebrüder Schöndorff, Akt.-Ges., in Düsseldorf. Wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hat die Sichelgruppe in Mainz die Aktienmehrheit von Schöndorff mit Hilfe des Harzener Bankvereins erworben.

• Ausdehnung der Rütgerswerke, Akt.-Ges., in Berlin. Bei dem Unternehmen, das erst Anfang des Jahres sein Kapital um 15 auf 45 Mill. Mark erhöhte und einen Betrag der neuen Aktien noch nicht ausgegeben hat, soll der Plan bestehen, das Aktienkapital um neuerlich 15 auf 60 Mill. Mark zu erhöhen...

• Ausdehnung der Deutschen Stöckwerke. Nach bisher von zuständiger Seite noch nicht bestätigten Nachrichten aus Mittelschlesien beabsichtigt die Anilingroup in Nordamerika und in Japan Werke zur Erzeugung von Luftstickstoff zu errichten.

• Ziegelpreise. Die Mitteilung über die Preisherabsetzung des Sachs.-Thür. Ziegelverkaufsvereins in Gera ist dahin zu ergänzen, daß sich der um 10 Proz. ermäßigte Preis ab Werk, d. h. ohne Anfuhr- und Verladekosten, versteht...

• Neue Kapitalerhöhungen beantragen: Huta, Hoch- und Tiefbau-Akt.-Ges., in Breslau um 3 auf 6 Mill. Mark, wobei die jungen Aktien im Verhältnis von 1 zu 2 zu 120 Proz. angeboten werden sollen; Bugsier-, Reederei- und Bergungs-Akt.-Ges., in Hamburg um 15 auf 21 Mill. Mark...

Dividendenerklärungen

Vereinsbrauerei, Akt.-Ges., in Leipzig wieder 16 Proz. Aktienbrauerei Gohlis wieder 8 Proz. Königsbrauerei, Akt.-Ges., in Duisburg 10 (i. V. 7) Proz. Zuckerfabrik Fraustadt 24 (i. V. 34) Proz. auf das erhöhte Aktienkapital.

Flöhe, Läuse verwenden Sie nur Contrasect, nur König Salomo-Apotheke, Grimm, Str. 17.



Benz-Gaggenau-Gewerbewagen

für jede Verwendungsart

BENZWERKE GAGGENAU (Baden)

Verkaufsbureau: Leipzig-Gohlis, Mückersche Straße 29

Vorzüglich eingerichtete

Reparatur-Werkstätte

Reparaturen werden durch geschulte Fachleute ausgef.

